

Die Christuskirchengemeinde in der Zeit des Ersten Weltkriegs

Die Auswirkungen des Krieges auf das tägliche Leben

Die Nordstadt, der Stadtteil in dem die Christuskirche liegt, war ein ausgesprochen schnell wachsendes Gebiet. In dem gleichen Radius, in dem 1859 noch 7.000 Menschen lebten, wohnten 1914 bereits über 70.000. Auf Grund dessen war die Christuskirche mehrere Male geteilt worden: 1884 wurde die Apostelkirche und 1897 die Lutherkirche gegründet und 1901 war die Lukaskirche als Tochterkirche der Apostelkirche hinzugekommen.

Zu dieser Zeit gab es in der Gemeinde zwei reguläre Pfarrstellen. Die eine Stelle hatte seit 1895 Pastor Hardeland inne, die andere war 1906 mit Pastor Thies besetzt worden. Pastor Hardeland als dem Dienstälteren, war die erste Pfarrstelle übertragen worden, er war also der Vorgesetzte von Pastor Thies und der Vorsitzende des Kirchenvorstands.

Das dominante Thema in den monatlich stattfindenden Kirchenvorstandssitzungen war im Jahr 1914 die Finanzierung der anstehenden Erneuerungsarbeiten am Kirchengebäude. Insgesamt wurde eine Summe von etwa 42.000 Mark benötigt, über die die Gemeinde nicht verfügte und von der sie vorhatte, sie durch Umschichtungen des ersparten Vermögens bei der Kapital-Ansammlung der Königlichen Klosterkammer und durch Inanspruchnahme des Glockenfonds, beziehungsweise aus der Kirchenkasse zu beschaffen.¹ Dies ist insofern interessant, als dass noch zu sehen sein wird, dass die Kirchengemeinde große Summen für die Zeichnung der Kriegsanleihen beschaffte.

Die Auswirkungen des Ersten Weltkrieges auf die Christuskirche waren in vielen Bereichen spürbar und sie war, wie im Folgenden zu analysieren sein wird, ein typisches Beispiel für die Kirchenpolitik der Landeskirche und die kompro-

misslose, insbesondere die finanziellen Aspekte betreffende, Unterstützung des Krieges.

Die erste Erwähnung fand der Krieg kurz nach seinem Ausbruch in den Protokollen der Kirchenvorstandssitzungen am 10. August 1914, als beschlossen wurde, dass das Gemeindehaus für Lazarettzwecke zur Verfügung gestellt wird. Die Pflege der Verwundeten sollte von den Schwestern der Diakonie und einigen jungen Mädchen übernommen werden.² Dies war die erste von zahlreichen direkten Auswirkungen des Krieges auf die Kirchengemeinde durch organisatorische Aufgaben. Hinzu kam fünf Tage später ein Schreiben des Nationalen Frauendienstes Hannover an die Geistlichen und Kirchenvorstände der Stadt Hannover, in dem davon berichtet wurde, dass der Frauendienst, der den Auftrag hatte, Not leidenden Familien zu helfen, in die städtische Kriegsfürsorge eingefügt wurde. Ab sofort sollten die Gemeinden die Bedürftigen an diesen Dienst überweisen und gleichzeitig dem zuständigen Personal der Kriegsfürsorge über den Bedürfnisstand ihrer Mitglieder Auskunft geben, um so Missbrauch zu verhindern. Dies bedeutete einen enormen Arbeitszuwachs, da zu den Bürozeiten der Kriegsfürsorge immer jemand ansprechbar sein musste und es ohne zuverlässige Aktenproblematisch war, einzuschätzen,



Pastor Hardeland

wer ein Anrecht auf Hilfe hatte. So ging bereits am 08.09.1914 eine Beschwerde der städtischen Fürsorge über eine überwiesene Frau ein, die keinen rechtmäßigen Anspruch auf Hilfeleistungen hatte.³

Im März 1915 wurde die Gemeinde in die Verwaltung des Militärs eingebunden. Pastor Hardeland erhielt ein Schreiben vom Reservelazarett II Hannover, in welchem er angewiesen wurde, Erkundigungen darüber einzuziehen, welche Menge Backwaren von Lieferanten an Zivilbäcker geliefert und wie viel davon verbraucht wurde. Angefügt ist die Verfügung des Kriegsministeriums, dass ab sofort Mehl von Zivilbäckern beschlagnahmt werden konnte.⁴ Weiterhin stellte die Gemeinde ab März 1915, als auf Grund von Versorgungsengpässen Brotmarken eingeführt wurden, für deren Ausgabe ihren Konfirmandensaal zur Verfügung. Insgesamt kann daher davon ausgegangen werden, dass die Pastoren zusätzlich zu ihren üblichen seelsorgerischen Pflichten und dem regulären Gemeindeleben auch zahlreiche organisatorische Aufgaben zu erfüllen hatten.

Dies wurde auch aus den Antworten auf die Visitationsfragen, die Pastor Thies verfasste, deutlich. Die Kirchenvisitation, die eigentlich schon 1918 fällig gewesen war, hatte man auf Grund der Situation jeweils um ein Jahr verschoben, sodass sie letztlich am 15. August 1920 stattfand. Bedauerlicherweise ist der Fragenkatalog nicht mehr erhalten, sodass nur Rückschlüsse aus den Antworten gezogen werden können. Auf die zweite Frage, die sich augenscheinlich auf die theologischen Studien der Pastoren bezieht, antwortete Pastor Thies: »In dem Maße, wie es mir vor dem Kriege möglich war, habe ich in den letzten Jahren theologische Studien nicht getrieben. Mancherlei stand hindernd im Wege. Die vermehrte Arbeit, die der Krieg dem Pfarramt brachte, die Krankheit des Pastoren Hardeland, der Heeresdienst des Küsters, die Seelsorge im Lazarett, da fehlten oft Zeit, Ruhe und innere Sammlung zum Studium.«⁵

Bei all diesen Aufgaben, schien die Seelsorge im Lazarett aber einen besonderen Stellenwert gehabt zu haben. Pastor Hardeland beschrieb in seiner 1922 verfassten Kriegschronik in sehr sach-

licher und prägnanter Weise auf etwa drei handschriftlichen Seiten die unmittelbaren Auswirkungen des Krieges auf die Gemeinde und beginnt seine Ausführung mit dem Hinweis auf die Einrichtung des Lazaretts. Demnach habe er sofort nach dem Einverständnis des Kirchenvorstands die Verhandlungen mit der Militärbehörde aufgenommen und so schließlich erreicht, dass diese die Kosten für die Verpflegung der Verwundeten übernahm, während der Kirchenvorstand für Heizung und Beleuchtung aufkam.

Selbstverständlich bedeutete die Einrichtung des Reservelazaretts eine große Belastung für die Pastoren, zumal sich ja auch ihre Wohnungen direkt neben dem Gemeindehaus befanden. Allerdings schien die Arbeit im Lazarett auch neben der vermehrten Arbeit auch positive Aspekte zu haben, so schrieb jedenfalls Pastor Thies zur Visitationsfrage 3⁶: »Große Freude machte mir die Seelsorge in unserem Lazarett. Da habe ich bei den sonntäglichen Gottesdiensten, bei Abendmahlfeiern, bei Familienabenden im Lazarett oder in meiner Wohnung, bei Vorträgen und Diskussionen erquickliche Stunden verlebt und ich hoffe, daß meine Arbeit vielen zum Segen geworden ist.«⁷

Selbstverständlich darf an dieser Stelle nicht vernachlässigt werden, dass gerade diese Arbeit eine mehr oder minder direkte Unterstützung des Krieges und der Soldaten bedeutete und damit ideologisch als besonders wertvoll gelten konnte. Allerdings liegen keine Unterlagen vor, die die Haltung der Pastoren zum Krieg dokumentieren. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass es sich mit dieser ähnlich verhielt wie mit der im Gros der Evangelischen Landeskirche, wofür nicht nur das auf Eigeninitiative und sehr kurz nach Kriegsausbruch eingerichtete Lazarett spricht, sondern auch das spätere Verhalten bei der Zeichnung der Kriegsanleihen, auf das noch zurückzukommen sein wird.

Die Gemeinde reagierte auf den Krieg, indem sie beispielsweise die Bibelstunden, die vor dem Krieg Mittwochs abends im Gemeindehaus stattfanden, nach Ausbruch des Krieges in Kriegs-

gebetsstunden umwandelte, die in der Kirche stattfanden. Diese haben laut Aussage von Pastor Thies im Visitationsbericht von 1920 in den Jahren 1914 bis 1916 stattgefunden und regen Zulauf gehabt: »In den Jahren 1914 bis 1916 sind Kriegsgebetsstunden in der Woche (Mittwochs abends) in der Kirche gehalten worden, welche zuerst sehr, später guten Besuch aufwiesen: 600 bis 800 Besucher.«⁸

Auch Pastor Hardeland erwähnte in seiner Kriegsschronik den starken Zulauf dieser Kriegsandachten und verwies weiterhin darauf, dass auch die Spendenbereitschaft der Gemeindeglieder stabil blieb: »Jeden Mittwoch Abend fanden Kriegsandachten in der Kirche statt, die sehr stark besucht waren. Die Erträge der Kriegskollekten, die meist viel einbrachten, wurden zur Linderung der Not der Angehörigen der ins Feld gerückten Truppe verwendet.«⁹

Es kann bei den oben genannten Zahlen wohl davon ausgegangen werden, dass die Bindung der Gemeinde an ihre Pastoren und ihr Vertrauen in die Hilfe und den Beistand der Kirche auch über die ersten Monate des Krieges hinweg konstant und stark geblieben ist. Pastor Hardeland sprach an anderer Stelle davon, dass ein »lebhafter Schriftverkehr« zwischen den Geistlichen und den Soldaten im Krieg stattfand und »viele Schriften ins Feld gesandt« wurden. Bei diesen Schriften muss zwar angenommen werden, dass es sich um aufmunternde und erbauliche Texte handelte, die das Eintreten der Kirche für diesen Krieg bekräftigten und die Männer aufforderten, »durchzuhalten«¹⁰, aber zumindest ist ersichtlich, dass die Pastoren bemüht waren, den Kontakt aufrechtzuerhalten, da ja deutlich von einem wechselseitigen Briefverkehr gesprochen wird.

Wenn ein Soldat im Krieg fiel, gehörte es zu den Aufgaben der Pastoren, die Gedenkblätter an die Angehörigen des Getöteten zu übergeben. Das erste Schreiben mit der Bitte um Aushändigung, das in der Akte über den ersten Weltkrieg zu finden ist, war auf den 11. August 1915 datiert; insgesamt wurden es in diesem Jahr 19 Gedenkblätter.

1916 erreichte die Zahl mit 37 ihren Höhepunkt und fiel in den beiden folgenden Jahren auf jeweils 23.¹¹ Der Sinn dieser Gedenkblätter bestand vornehmlich darin, die Angehörigen der Gefallenen damit zu trösten, dass deren Tod einen höheren Sinn erfülle und damit dem Reich auf seinem Weg in eine größere Zukunft geholfen habe.

Insgesamt verloren in den vier Jahren des Krieges 333 Gemeindeglieder ihr Leben. An sie erinnert ein Gedenkstein in der Kirche.¹²



Christuskirche, Ansicht vom Klagesmarkt

Die Gemeindepfarrer versuchten auf vielfältige Weise die Bindung ihrer Mitglieder an die Kirche zu wahren und die Verbindung zwischen Protestantismus und Krieg aufrecht zu erhalten. Selbstverständlich konnte der Glaube an ein höheres Ziel den Schmerz um einen gefallenen Angehörigen erleichtern und so wurde der Siegesfeier im Gottesdienst gedacht, wie beispielsweise im Februar 1915 als der »Sieg über Ostpreußen«¹³ auf Wunsch des Königs im Gottesdienst gefeiert wurde.¹⁴ Allerdings finden sich in den ersten zwei Jahren des Krieges nicht allzu viele Hinweise darauf, dass die Pastoren von übergeordneten Behörden direkt angewiesen wurden, wie sie im Gottesdienst oder im Umgang mit der Gemeinde zu verfahren hatten. In den betreffenden Akten ist nur ein Brief zu finden, der etwas Vergleich-

bares aufweist. Der Generalsuperintendent Möller sendete zu Ende des Jahres 1915 ein gedrucktes Schreiben an die Pfarrer der Generaldiözese Hannover, in dem er sich in der Art einer Neujahrsansprache dafür entschuldigte, dass er durch den Krieg keinen so engen persönlichen Kontakt zu seinen Amtsbrüdern aufrecht erhalten konnte. Allerdings sei der Krieg ein »hochwichtiger und schöner Dienst«, daran sollten die Pfarrer denken, wenn sie in der Gemeinde die »Schwere und Gewalt« des Krieges durch die gesteigerten Aufgaben empfinden. Der Kirche sei beides recht, ob der Krieg nun weitergehe oder nicht, der Ruf der Stunde sei »Ausharren!«¹⁵ Diese Aussage des Generalsuperintendenten, die die Alternative aufwirft, der Krieg könnte möglicherweise auch enden, ist höchstwahrscheinlich auf die militärische Pattsituation zurückzuführen, in der sich das Deutsche Reich am Ende des Jahres 1915 befand. Zwar hatte die deutsche Armee im Mai an der

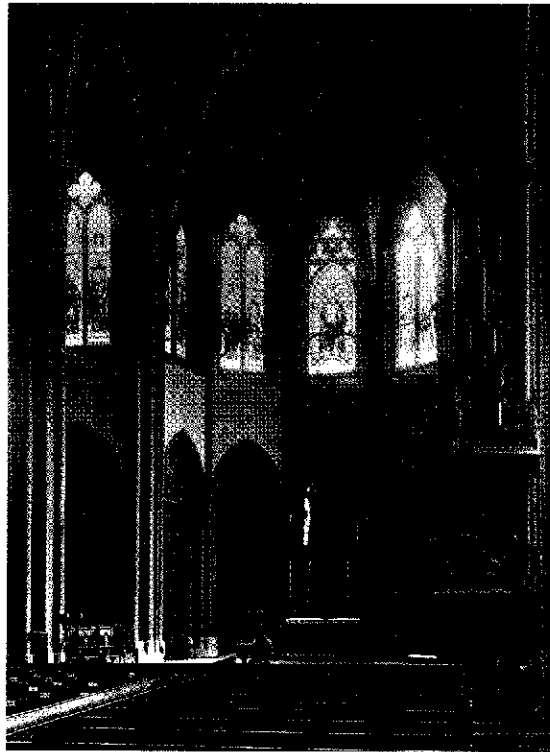
Ostfront bei Tarnow-Gorlice einen Sieg über die russische Armee errungen und die britischen und französischen Offensiven an der Westfront waren ebenso fehlgeschlagen wie die Entlastungsoperationen der Alliierten, trotzdem zeichnete sich immer deutlicher ab, dass sich der Krieg zunehmend zu einem »Abnutzungskrieg«¹⁶ entwickelte, der nur mit der völligen Erschöpfung einer oder mehrerer Kriegsparteien enden konnte. Klar ist zu diesem Zeitpunkt aber auch, dass für die deutsche Bevölkerung der Krieg nur mit einem Siegfrieden

enden konnte und dass daher die Euphorie im Volk noch anhielt. So ist auch der Superintendent mit der euphemistischen Beschreibung des Krieges als »hochwichtigem und schönem Dienst« als ein typischer Repräsentant des kriegsbegeisterten Klerus zu sehen. Allerdings ist, wie gesagt, dieser Brief der einzige seiner Art, der zu diesem Zeitpunkt an die Pastoren gerichtet wurde und dieser ist vermutlich auch eher eine reguläre Geste

zum Jahresende, die selbstverständlich die Ereignisse des Jahres mit einbezieht.

Die Arbeit der Gemeinde und der Pastoren schien sich in den ersten Jahren des Krieges vielmehr wesentlich stärker auf die praktische Unterstützung der Gemeindemitglieder als auf propagandistische Ausführungen zu konzentrieren. So ist in der Kriegschronik, wie bereits oben erwähnt, davon zu lesen, dass die Erträge aus der Kriegskollekte den Angehörigen der Soldaten zu Gute kamen, denen durch die Einberufung ihrer Männer und Söhne

oftmals die Einkommensquelle ausgeblieben war. Zwar stabilisierte sich die hannoversche Wirtschaft durch die Umstellung auf Kriegsproduktion ziemlich rasch. Da beispielsweise zwei Drittel der Angestellten des Großunternehmens Hanomag einberufen worden waren, wurden die Positionen mit Frauen und Jugendlichen besetzt, trotzdem waren selbstverständlich nicht alle in der Lage, in den Fabriken oder anderswo Arbeit zu finden.¹⁷ So haben auch die Näherinnen der Gemeinde versucht, den armen Frauen Aushilfs- und Notdienste



Innenraum der Kirche noch ohne Mittelgang

zu verschaffen, um ihr Einkommen aufzubessern. Hierfür stellte der Kirchenvorstand laut Pastor Hardeland wiederholt größere Summen zur Verfügung. Ebenfalls auf Kosten des Kirchenvorstandes mietete man den »Kam'schen Festsaal« an, um in den Wintermonaten eine Kinderlesehalle einzurichten, die wohl dem Zweck diente, dass es für die Kinder einen geheizten Raum gab, an dem sie sich aufhalten konnten. Eine weitere Hilfestellung des Kirchenvorstandes¹⁸ bestand darin, aus Mitteln des Kriegsfonds Kohlen zu kaufen und sie an arme Gemeindemitglieder und die eingerichtete Notstandsküche am Engelbostler Damm zu verteilen.

Während die Gemeinde sich also in den ersten Jahres des Krieges noch bemühte, Kohlen für die Bedürftigen zur Verfügung zu stellen, wurde der Mangel an Heizmaterial zu Beginn des Jahres 1917 so eklatant, dass der Kirchenvorstand am 12. Februar beschloss, die Christuskirche bis auf weiteres zu schließen. Die Gemeindemitglieder

wurden gebeten, die Gottesdienste in der Lutherkirche zu besuchen, an denen die beiden Geistlichen der Christusgemeinde mitwirken wollten. Allerdings wurde dieser Beschluss, wie aus den Aufzeichnungen von Pastor Hardeland ersichtlich ist, bald wieder aufgehoben und die Gottesdienste fanden weiterhin wieder in der Christuskirche statt. Obwohl diese ungeheizt war, waren die Gottesdienste »trotz der großen Kälte«¹⁹ mit durchschnittlich 200 Gemeindemitgliedern gut besucht. Auf Grund der Kohlennot beschloss der

Kirchenvorstand weiterhin, das stellvertretende Generalkommando des X. Armeekorps zu bitten, den Betrieb von Lichtspieltheatern und ähnlichen Veranstaltungen zu untersagen.

Sammlungen und Kriegsanleihen

Der Druck seitens der übergeordneten Behörde auf die Pastoren erhöhte sich nachweislich erst gegen Ende des Jahres 1916, als der finanzielle Bedarf des Krieges nicht mehr über Metallsammlungen gedeckt werden konnte und die Zeichnung der Kriegsanleihen in den Vordergrund rückte.

Zuvor hatte man versucht, den steigenden Bedarf der Kriegsführung durch diverse Sammlungen zu decken. So wurde erstmalig im Juli 1915 dazu aufgerufen, »fertige, gebrauchte und ungebrauchte Gegenstände aus Kupfer, Messing und Reinnickel«²⁰ zu melden und abzuliefern. Daraufhin entfernte der Kirchenvorstand zwei Gegenstände aus Kupfer und

drei aus Messing aus der Kirche und gab sie ordnungsgemäß ab.

Am 6. März 1916 traf das erste Schreiben des Königlichen Konsistoriums ein, dass die Zeichnung der vierten Kriegsanleihe behandelte. Daraufhin beschloss der Kirchenvorstand allerdings mehrheitlich, dass momentan nicht genügend Barmittel zu Verfügung stünden, um sie in Anleihen zu investieren und äußerte Bedenken, solche über »besondere Maßregeln« zu beschaffen.²¹ Zu diesem Zeitpunkt hatte beim Kirchenvorstand noch



Innenraum der Kirche mit Mittelgang (ab 1901)

ganz klar die Beschaffung von Finanzmitteln zur Kirchenreparatur Priorität, wie aus den Protokollen der folgenden Monate zu sehen ist. Auch der Aufruf zur Zeichnung der fünften Kriegsanleihe blieb ohne Reaktion, wenngleich nun schon wesentlich mehr Informationen in Form eines Merkblattes, das über die Relevanz der Zeichnung aufklärte, beilagen.

Im Februar 1917 wurde der Druck auf die Gemeinde und die Pfarrer dann merklich erhöht. Zur sechsten Kriegsanleihe ging nicht nur ein Schreiben des Königlichen Konsistoriums ein, sondern auch ein Aufruf des X. Armeeekorps mit dem Vermerk »Eilt sehr.« In dieser Aufforderung wurde den Pastoren dargelegt, mit welchen Mitteln sie vorgehen sollten, um die Bevölkerung von der ausgesprochenen Wichtigkeit der Zeichnung von Kriegsanleihen zu überzeugen. Darüber hinaus wurden sie in die Propagandarbeit des Militärs involviert: »Um die Werbearbeit für die bevorstehende 6. Kriegsanleihe wirkungsvoll zu unterstützen, erscheint es zweckmäßig, dem deutschen Volke an der Hand praktischer Beispiele aus seiner Geschichte klar zu machen, welche Folgen es für alle Volksschichten ohne Ausnahme haben würde, wenn der Weltkrieg nicht mit dem Siege der deutschen Waffen endet, und daß es daher Pflicht jedes einzelnen sei, unter Anspannung aller seiner finanziellen Kräfte Kriegsanleihen zu zeichnen.

Die Archive, Behörden und Geistlichen im Bereich des stellvertretenden Generalkommandos des X. Armeeekorps werden ergebenst ersucht, dieser dringenden vaterländischen Aufgabe durch baldmögliche Zusammenstellung geschichtlichen Materials ihre Unterstützung zu leihen. Erwünscht sind Angaben darüber, welche Leiden die betreffenden Teilgebiete des Korpsbereichs in früheren Kriegen haben erdulden müssen, welche Lasten sie zu tragen hatten, wie unsere heutigen Feinde damals auf deutschem Boden gehaust haben, und was uns erwarten würde, wenn sie heute wieder deutschen Boden zertreten könnten. Als besonders ergiebige Quelle für derartiges geschichtliches Material sind die Kirchenbücher der Pfarrgemeinden anzusehen.«²²

Offensichtlich scheint dieser Aufruf wesentlich aufrüttelnder gewesen zu sein als die vorherigen. Jedenfalls beschloss der Kirchenvorstand am 5. März, dass in Höhe von 10.000 Mark auf die sechste Kriegsanleihe gezeichnet werden soll. Um die nötigen Geldmittel zu beschaffen, sollte ein Darlehen bei der Reichdarlehenskasse aufgenommen und als Sicherheit hierfür der Glockenfond und, was als besonders drastische Methode erscheint, der Pfarrwitwenfond verpfändet werden. Der Wert der Anleihen und Pfandbriefe in diesem Fond belief sich im März 1917 auf ca. 15.000 Mark und diente ursprünglich, wie aus dem Namen ersichtlich ist, der Absicherung der Pfarrwitwen. Da es aber offensichtlich nicht möglich war, eine Bürgschaft aufzunehmen, beschloss der Kirchenvorstand am 10. März, das Vermögen des Pfarrwitwenfonds für die Zeichnung der sechsten Kriegsanleihe zu verwenden. Es gab offensichtlich auf Grund der schwierigen finanziellen Lage der Gemeinde keine andere Möglichkeit, um die nötigen Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Man hatte ja bereits in den vorangegangenen Jahren versucht, auf andere Weise finanzielle Mittel für die Instandsetzung des Kirchengebäudes zu liquidieren. Diese Maßnahme ist allerdings auch ein deutliches Zeichen dafür, in welchem Maße sich der Druck auf die Kirche und auf die Bevölkerung im Allgemeinen erhöht hatte. Der Werbeaufwand für die Zeichnung der Anleihen war seit den ersten Aufrufen wesentlich verstärkt worden. Darüber hinaus ist bemerkenswert, dass besonders die übergeordnete Kirchenbehörde, das Königliche Konsistorium, an die Gemeinde herantrat und den Kirchenvorstand zur Zeichnung drängte. So traf nach der ersten Aufforderung des Konsistoriums im Februar, am 9. März erneut eine mit dem Vermerk »Eilt sehr!« ein.²³

Im folgenden Monat wurden die Prospektpfeifen der Orgel beschlagnahmt und für die Gemeinde wurde eine Entschädigungszahlung über 570 Mark festgesetzt. Ob diese Summe wirklich ausgezahlt wurde, ist aus den Akten nicht ersichtlich.

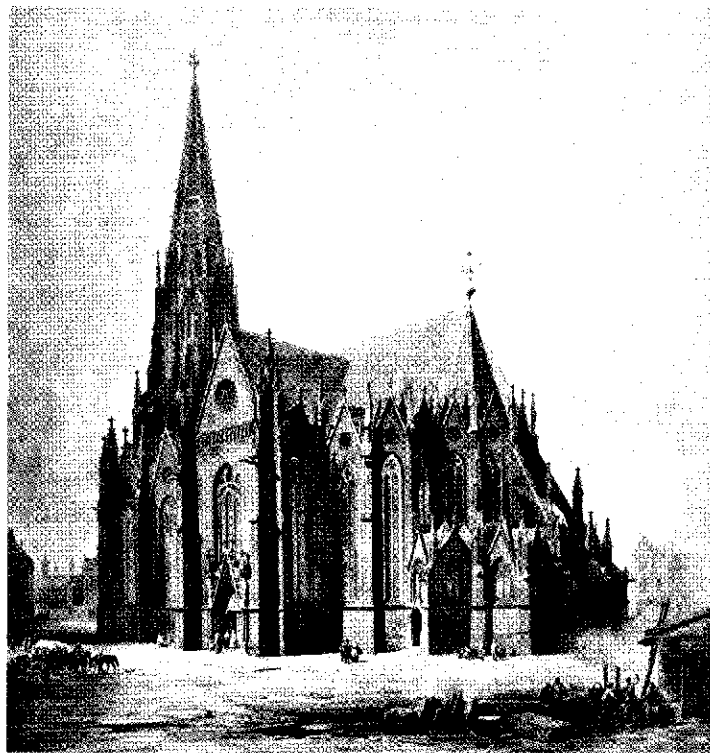
Im gleichen Monat traf bereits Informationsmaterial zur achten Kriegsanleihe ein, das darüber aufklärte, wie man durch den Abschluss einer

Kriegsanleihenversicherung beim Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten seine Kriegsanleihenzeichnung auf das Zehnfache erhöhen konnte. Außerdem erhielten die Pastoren einen ausführlichen Brief des Reichsbank-Direktoriums in Berlin, dem aufwendig koloriertes Werbematerial beilag. Der Titel der Kampagne lautete: »Gold gab ich zur Wehr, Eisen nahm ich zur Ehr.«²⁴ Das Problem der Reichsbank bestand darin, dass mittlerweile keine Goldmünzen, die erheblich dazu beigetragen hatten, die Bestände der Reichsbank zu vergrößern, mehr freiwillig eingetauscht wurden. Deshalb wollte man nun unter der Schirmherrschaft der Kronprinzessin von Preußen Goldschmuck nur noch zum reinen Goldwert ankaufen und da diese Abgabe mit massivem Wertverlust verbunden war, würden dies gerade die »begüterten Kreise« ablehnen. Daher sollten die Pfarrer die Bedeutung der Sammlung allen Kreisen der Bevölkerung näher bringen, da sich auch die Bereitschaft zur Abgabe der Goldmünzen durch alle Schichten gezogen hatte. So rief das Konsistorium die Pfarrer zu verstärkter Werbearbeit auf: »Werden Sie nicht müde, Kleinarbeit zu tun in der Predigt, im vertrauten Gespräch mit dem einzelnen Gemeindemitglied, in Ihrer Lokalpresse, in Ihren Vereinen. Gerade Kleinarbeit ist bitter nötig, denn gar zu viele Herzen haben sich bisher unseren öffentlichen Mahnungen verschlossen.«²⁵

Im August 1917 wurden die drei größten Kirchenglocken beschlagnahmt, obwohl der Kirchenvorstand darum gebeten hatte, die größte auf Grund des Aufwands des Ausbaus behalten zu dürfen. Letztlich konnte sich dieser Vorschlag allerdings nicht durchsetzen, und die Gemeinde erhielt als Entschädigungssumme 15.328 Mark, die abzüglich der Ausbaurkosten der Reichskriegskasse zur Verfügung gestellt wurden.²⁶ Die 1.400 Mark, die die Gemeinde für die entstandenen Kosten einbehalten hatte, wurden im August 1917 unverzüglich in Kriegsanleihen investiert und man verzichtete zugunsten derer auf die Instandsetzung der Orgel, aus der die Metallteile entfernt worden waren.

Im April 1918 ging man dann dazu über, für die Zeichnung von Kriegsanleihen Kredite aufzuneh-

men. Die Kirchenrechnungsführerin hatte dem Kirchenvorstand am 4. April mitgeteilt, dass sich in der Kirchenkasse noch ca. 4.500 Mark befanden und nur etwa 1000 Mark in Kriegsanleihen



Christuskirche (Maler bzw. Zeichner unbekannt)

investiert werden könnten. Allerdings beschloss der Kirchenvorstand am 8. April, dass für 12.000 Mark die achte Kriegsanleihe gezeichnet werden sollte. Diese Summe wurde durch 600 Mark aus dem Fond zur Begründung der dritten Pfarrstelle, 500 Mark aus der Bodestiftung und durch die Aufnahme eines Kredits in Höhe von 10.000 Mark bei der Ritterschaftlichen Kreditanstalt aufgebracht. 600 Mark aus der Kreditsumme wurden benötigt, um die Zinsen und die Beschaffung des Bargelds zu finanzieren. Die restlichen 1.500 Mark sollten aus der Kirchenkasse finanziert werden.

Kurz vor Ende des Krieges, im Oktober, war die finanzielle Lage dann so desolat, dass der Kirchenvorstand befürchtete, dass man für ein weiteres Darlehen als nicht mehr kreditwürdig gelten

könne. Da man aber noch einmal für 10.000 Mark die neunte Kriegsanleihe zeichnen wollte, wurde für diesen Fall beschlossen, die erforderlichen Mittel vollständig aus den Beständen der Kirchenkasse zu nehmen, obwohl zu diesem Zeitpunkt aus den Kassenaufzeichnungen der Gemeinde nicht mehr ersichtlich ist, in welchem Ressort noch über derartige Summen verfügt werden konnte. Am 8. November bewilligte die Ritterschaftliche Kreditanstalt eine erneute Sonderzahlung über 10.000 Mark und forderte eine beglaubigte Urkunde der kirchlichen Aufsichtsbehörde über die Genehmigung der Anleihe. Durch das Ende des Krieges kam es dann nicht mehr zu dieser Zeichnung.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass der Kirchenvorstand bis zum Ende des Krieges nahezu das gesamte Vermögen der Kirchengemeinde (aus der Kirchenkasse, aus Fonds und Anleihen) für die Zeichnung der Kriegsanleihen verwendete und zusätzlich noch Schulden gemacht hatte. Am Beispiel dieser Gemeinde ist klar nachzuvollziehen, wie die Summe von 200 Millionen Mark, die die evangelischen Kirchen aus ihrem eigenen Vermögen in den Krieg investierten, aufgebracht wurde. Durch die deutliche Involvierung der Gemeinde in die Propagandaarbeit des Kriegsministeriums und den offensiv ausgeübten Druck seitens des Konsistoriums, beugte sich der Kirchenvorstand trotz einer anfänglich zögerlichen Haltung und investierte schließlich in die für die Finanzierung des Krieges unerlässlichen Kriegsanleihen.

STEFANIE RICHTER

- ¹ Vgl. Protokolle der Kirchenvorstandssitzungen (KSV-Protokolle): Landeskirchenarchiv (LKA) H 12 Nr. 742
- ² Vgl. KVS - Protokoll: LKA H 12 Nr. 742.
- ³ Vgl. Briefverkehr im 1. Weltkrieg: LKA H 12 Nr. 110 – 1a.
- ⁴ Vgl. Anordnungen im 1. Weltkrieg: LKA H 12 Nr. 110 – 1a.
- ⁵ Zit. nach: Visitation: LKA H 12 Nr. 145. Beantwortet vermutlich die Frage nach den seelsorgerischen Tätigkeiten der Pastoren.
- ⁶ Zit. nach: Visitation: LKA H 12 Nr. 145.
- ⁷ Zit. nach: Visitation: LKA H 12 Nr. 145.
- ⁸ Zit. nach: Kriegschronik: LKA H 12 Nr. 110 – 1a.
- ⁹ Vgl. Mommsen, a. a. O., S. 126.
- ¹⁰ Vgl. 1. Weltkrieg: LKA H 12 Nr. 110-1a.
- ¹¹ Insgesamt starben 13.000 hannoversche Soldaten.
- ¹² Zit. nach: Schreiben vom 15. 02.1915: LKA H 12 Nr. 110-1a. (Vermutlich ist der Sieg General Hindenburgs bei Tannenberg über die russische Armee gemeint.)
- ¹³ Vgl. 1. Weltkrieg: LKA H 12 Nr. 110-1a.
- ¹⁴ Vgl. Ebd.: LKA H 12 Nr. 110-1a.
- ¹⁵ Zit. nach: Mommsen, a. a. O., S. 50.
- ¹⁶ Klaus Mlynek und Waldemar R. Röhrbein (Hg.), Geschichte der Stadt Hannover, Bd. 2, Hannover 1994, S. 397.
- ¹⁷ Die Kosten beliefen sich auf monatlich 50 Mark für Heizung und Beleuchtung.
- ¹⁸ Zit. nach: Kriegschronik: LKA H 12 Nr. 110-1a.
- ¹⁹ Vgl. 1. Weltkrieg: LKA H 12 Nr. 110-1a.
- ²⁰ Vgl. KVS - Protokoll: LKA H 12 Nr. 742.
- ²¹ Zit. nach: 1. Weltkrieg: LKA H 12 Nr. 110-1a. (Unterstreichungen aus Originalquelle übernommen.)
- ²² Vgl. 1. Weltkrieg und Kirchenvorstandsprotokoll: LKA H 12 Nr. 110-1a und 742.
- ²³ Zit. nach: 1. Weltkrieg: LKA H 12 Nr. 110-1a.
- ²⁴ Zit. nach: 1. Weltkrieg: LKA H 12 Nr. 110-1a.
- ²⁵ Vgl. KVS-Protokoll: LKA H 12 Nr. 742.
- ²⁶ Vgl. KVS - Protokoll: LKA H 12 Nr. 742.

Nachkriegszeit und Weimarer Republik

Die Landeskirche Hannover in der Weimarer Republik

Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches und die damit einhergehende Abdankung des Königs als Summus episcopus (sinngemäß: Haupt seiner Landeskirche) brachten die evangelischen Landeskirchen in Deutschland in große Bedrängnis. Keine der vorausgegangenen Revolutionen wie die Französische, die von 1830 oder 1848, hatte bisher zu einer Annäherung an demokratisch-republikanische Werte geführt¹ und nun stand die Kirche durch das Ende des Krieges unmittelbar vor dem Problem, sich der neuen politischen Wirklichkeit anpassen zu müssen. Die Loyalität der Kirche zum Kaiser und dem Krieg war wie oben beschrieben bedingungslos gewesen und gerade diese Haltung brachte die evangelischen Kirchen nun in Erklärungsnot. Die Bevölkerung fragte sich, wie Gott in einem von der Kirche als »gerecht« proklamiertem Krieg so viele Tote hatte zulassen können, wodurch die Zweifel an der moralischen Autorität der Geistlichen wuchsen. Zu diesem Zeitpunkt war es für die Kirche von immanenter Bedeutung ihre Stellung im Land zu behaupten und ihren Anteil dazu beizutragen, die bisherige Ordnung wieder herzustellen. Insbesondere die Arbeiter- und Soldatenräte, die sich nach Ausrufung der Republik im ganzen Land gründeten, wurden von Seiten der Kirche als eine Bedrohung wahrgenommen, wie aus der scharfen Stellungnahme der Allgemeinen Evangelisch-Lutherischen Kirchenzeitung² gegen Spartakisten und die linke Sozialdemokratie ersichtlich wurde: »Wir leben unter einer von sozialistischen Massen uns aufgezwungenen Diktatur. Wir schweigen. In der furchtbaren Lage, in der sich unser Vaterland derzeit befindet, müssen alle Patrioten wünschen, daß die besonnenen Sozialdemokra-

ten das Heft in den Händen behalten und daß Ruhe und Ordnung im Land bleiben; sie scheinen mit den radikalen Sozialdemokraten schwer darum zu kämpfen. Das legt uns die Pflicht auf, sie zu unterstützen.«³

Die Kirche sah sich durch die diversen Redner bedroht, die durch das Land zogen, gegen die Kirche agitierten und zum Kirchenaustritt aufriefen. Unter diesen stach besonders der neu ernannte preußische Kultusminister Adolph Hoffmann (USPD) hervor, einer der schärfsten Verfechter der radikalen Trennung von Kirche und Staat und der Abschaffung des Religionsunterrichts in den Schulen.

Im Jahr 1919 traten aus der Landeskirche Hannover 8.700 Personen aus, die Hälfte davon aus der Stadt Hannover und aus Linden.⁴ In diesen Zahlen zeigten sich nicht nur die Säkularisierung der Gesellschaft, sondern sicherlich auch der Vertrauensverlust zu den Kirchen auf Grund ihrer Haltung im Ersten Weltkrieg. Die Kirchen selbst machten für die massiv steigenden Austrittszahlen die »Kirchenhetze« verantwortlich und versuchten diesem Trend mit Überzeugungsarbeit in den Gemeinden entgegenzuwirken, wie an anderer Stelle auch am Beispiel der Christugemeinde zu sehen sein wird.

Als Gegengewicht zu den gut organisierten Arbeiterverbänden gründete der Theologe Prof. Titius im November 1918 in Göttingen den Volkskirchenbund, der kirchenfeindliche Interessen abwehren sollte und der für die Wahrung christlicher Grundsätze im öffentlichen Leben eintrat. Eine der Initiativen dieses Bundes war es, die Christen dazu aufzurufen, nur die Parteien zu wählen, die christliche Interessen vertraten. Bis April 1919 hatte der Volksbund 263.000 Mitglieder und bis Mai waren bei diesem 720.000 Unterschriften eingegangen,

mit Hilfe derer der Erhalt des christlichen Charakters der Schulen erwirkt werden sollte.⁵

Derartigen öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen von Pfarrern und Laien trat der Arbeiter- und Soldatenrat Hannover entgegen, indem er im Januar 1919 jegliche politische Agitation der Geistlichen während der Gottesdienste verbot und die Nutzung der Kirchen für Veranstaltungen mit politischem Inhalt untersagte. Bei Zuwiderhandlung drohte den Pfarrern die Gehaltsentziehung.⁶ Weiterhin wurde mit einer Verordnung vom 03. Januar 1919 der Austritt aus der Kirche erleichtert.⁷

Insgesamt ist allerdings zu bemerken, dass es weniger die Arbeiter waren, auf die die kirchenfeindlichen Tendenzen Einfluss übten. Diese hatten schon vorher nur sporadisch an Gottesdiensten und Abendmahlen teilgenommen, sodass die Entscheidung für oder gegen die Kirche bei den praktischen Amtshandlungen signifikant wurde. Während in der Landeskirche die kirchlichen Trauungen und Beerdigungen zwischen 1918 und 1930 um 10 Prozent zurückgingen, blieb die Zahl der Taufen und Konfirmationen nahezu gleich.⁸ Wie auch die große Unterstützung des Religionsunterrichts in den Schulen zeigte, wurde also nach wie vor sowohl im Arbeitsmilieu als auch im Bürgertum Wert darauf gelegt, dass die Kinder mit tradierten kirchlichen Ritualen aufwachsen. Nach Artikel 149 der Weimarer Verfassung war der Religionsunterricht weiterhin ein ordentliches Fach in den konfessionellen Volksschulen. Die Landeskirche hatte bereits 1906 mit der Kommunalisierung der Volksschulen die Ortsaufsicht über die Schulen und die jeweiligen Pastoren die Position als Vorsitzender des Schulvorstandes verloren. Seither stand der Kirche nur noch die Leitung des Religionsunterrichts zu. Dieses Recht wurde durch einen Ministerialerlass vom 21. Oktober 1919 anerkannt. Allerdings verzichtete die Landeskirche mit »Rücksicht auf die Stimmung in der Lehrerschaft«⁹ auf dieses Privileg und beauftragte keinen Geistlichen mehr mit dessen Wahrnehmung. Stattdessen wurde ein Beirat gewählt, der vierteljährlich Unterrichtspläne und Lehrbücher begutachtete.

In den höheren Schulen hatten die Superintenden-ten weiterhin das Recht, den Religionsunterricht zu inspizieren.¹⁰

In jedem Fall wurde die zunächst geforderte rigorose Trennung von Kirche und Staat nicht in solcher Radikalität durchgeführt. Die Weimarer Verfassung vom 11. August 1919 bestätigte vielmehr die öffentlich-rechtliche Stellung der Kirchen und die für diese damit verbundenen Rechte. Die Kirche war nun unabhängiger als zuvor und konnte weiterhin ihren finanziellen Bedarf über die Kirchensteuer decken. Somit waren die staatsrechtlichen Voraussetzungen für die Umbildung der Landeskirche geschaffen.

Das allgemeine Leben in der Gemeinde

Ein wichtiger Punkt, der das Leben der Gemeinde bewegte, war die veränderte Staatsform sowie die daraus resultierenden Konsequenzen für die Kirchenverfassung und das Gemeindeleben. Um den verunsicherten Gemeindemitgliedern die neue Situation erklären zu können, beschloss der Kirchenvorstand schon in seiner ersten Sitzung im Januar 1919 die Einberufung einer Gemeindeversammlung in der Christuskirche, in der »über die kirchliche Lage, über Kirche und Schule, die Leistungen der Kirche für den Staat und die künftige Kirchenverfassung gesprochen werden soll«.¹¹

(Erläuterung der Redaktion zur künftigen Kirchenverfassung: Die Autorin dieses Beitrags hat in dem hier nicht abgedruckten Kapitel 4.1.1 die wesentlichen Elemente der neuen Verfassung ausführlich beschrieben, dies sei hier kurz zusammengefasst: Der alten Kirchenverfassung war bereits im Jahr die rechtliche Grundlage entzogen. Artikel 37 der Weimarer Verfassung besagte, dass keine Staatskirche bestehe. Es musste also eine neue Landeskirchliche Verfassung ausgearbeitet werden, die die Trennung von Staat und Kirche berücksichtigte. Dabei sollten die Gemeinden durch die Möglichkeit, Gemeindevertretungen zu wählen, gestärkt werden. Die einzuberufende verfassungsgebende Kirchenversammlung sollte aus 100 Mitgliedern bestehen, von denen 52 Weltliche sein sollten, die durch Urwahl in den Gemeinden

zu bestimmen waren. Zudem wurden die leitenden Organe der Landeskirche neu entworfen: Landesbischof, Kirchensenat, Landeskirchenamt und der Landeskirchentag.

Der Landeskirchentag war nun der Träger der kirchlichen Gewalt. In ihm waren auch 30 durch Urwahlen in den Gemeinden zu bestimmende Nichtgeistliche vertreten.)

Die veränderte Situation machte sich wie in der ganzen Republik auch in der Christusgemeinde durch eine Austrittswelle bemerkbar. Während bis 1914 Austritte nur sehr sporadisch vorgekommen waren und es auch im Ersten Weltkrieg nur etwa einen pro Jahr gab, stiegen die Zahlen nun massiv an. Wie bereits erwähnt, hatte ein Reichsgesetz vom 03. Januar 1919 den Austritt aus der Kirche erheblich erleichtert, so wurden unter anderem Vordrucke für den Austritt eingeführt. Für das Jahr 1919 sind in der betreffenden Akte 99 Austrittsformulare zu verzeichnen, die teilweise Ehepaare und ganze Familien mit einschließen.¹² In den folgenden Jahren gingen die Zahlen allerdings wieder auf etwa zehn pro Jahr zurück, mit Ausnahme von 1920; hier waren es noch einmal 38 Austritte.¹³

Setzt man allerdings die Austrittszahlen von 1919 in der Christusgemeinde mit denen der gesamten Landeskirche¹⁴ in Beziehung, fällt auf, dass es hier verhältnismäßig wenige Austritte gab. Es war auch kein signifikanter Rückgang bei den praktischen Amtshandlungen wie Taufen oder Beerdigungen zu verzeichnen, wie aus den Antworten auf die Visitationsfragen vom 5. August 1920 ersichtlich wurde. Zwar weist Pastor Thies darauf hin, dass Verzögerungen der Taufe bis ins schulpflichtige Alter vorkamen, ebenso wie Verweigerungen, allerdings sei es ihm bisher gelungen, alle Eltern von der Taufe zu überzeugen. Darüber hinaus berichtete er ebenfalls davon, dass die Taufe selbst von vielen ausgetretenen und nicht kirchlich getrauten Personen gewünscht wurde. Ebenfalls sei ihm kein Fall bekannt, bei dem keine kirchliche Beerdigung verlangt wurde. Er habe diese sogar nach Selbstmorden »nach Prüfung der Verhältnisse und eines ärztlichen Gutachtens«¹⁵ be-

willigt. Verweigert werde sie nur bei ungetauften Kindern und ausgetretenen Personen. Ähnliches wird in den Antworten auf die Visitationsfragen vom 25. Oktober 1925 berichtet. Zwar wurde auch hier auf Verzögerungen der Taufe hingewiesen, allerdings gab es keine völligen Verweigerungen.¹⁶

Es kann also in dieser Gemeinde nicht davon ausgegangen werden, dass sich die Säkularisierung der Gesellschaft und die Abwendung von der Kirche in den praktischen Amtshandlungen manifestierte wie es in vielen anderen Gemeinden in Deutschland zu beobachten war. Die Ursache für diese Entwicklung könnte in der Bevölkerungsstruktur des Stadtteils liegen, in dem neben den Arbeitermilieus auch ein breites Bürgertum ansäs-



Ausflug der Kindergottesdiensthelferinnen

sig war. Hinzu kam, dass es auch bei den Arbeitern weit verbreitet war, zumindest ihre Kinder mit kirchlichen Ritualen wie Taufe und Konfirmation aufwachsen zu lassen.

Um allerdings die christliche Prägung des Stadtteils Nordstadt auch weiterhin zu unterstützen, gründete Pastor Thies im Februar 1921 einen Elternbund, der sich ausschließlich für die Erhaltung der christlich geprägten Schule einsetzen sollte.¹⁷

Auch im Konfirmandenunterricht legte Pastor Thies Wert darauf, den Konfirmanden das christliche Leben näher zu bringen und sie »gegen die Angriffe der Feinde auf Christentum und Kirche«¹⁸



Auf dem Klagesmarkt (ca. 1928)

zu wappnen. Es wurde jedoch in den Antworten nicht explizit darauf hingewiesen, dass sich die Arbeit in der Gemeinde für die Pastoren nach Kriegsende schwieriger gestaltet hätte. Eine derartige Bemerkung ist erst in den Antworten auf die Fragen der Visitation von 1925 zu finden. Pastor Thies beschrieb, dass es nicht »an Anlaß und Gelegenheit« zur Seelsorge in einer Großstadtgemeinde fehlen würde: »Hier wegen der Härte und der Verstocktheit der Herzen, dort wegen des Zweifels der Kleingläubigen, der Freiheit und Gleichgültigkeit, wegen der Macht des gottentfremdeten kirchenfeindlichen Zeitgewissens, wegen des irdischen Sinnes, der wie eine ansteckende Krankheit ist, die in der Luft liegt.«¹⁹

Im Vergleich mit den Ausführungen von 1920 fällt deutlich auf, dass sich das Umfeld in der Gemeinde für ihn merklich unbehaglicher gestaltete. Erschwerend kam neben den generellen säkularen Tendenzen in der Gesellschaft sicherlich die

schlechter werdende wirtschaftliche Situation hinzu, die auch signifikante Auswirkungen auf das Gemeindeleben hatte. So wurde beispielsweise im Anschluss an den Besuch des Superintendenten »angesichts der Not der Zeit« auf die übliche Visitationsmahlzeit verzichtet.²⁰

Die ständig steigende Inflation machte sich an zahlreichen Stellen in der Gemeindegearbeit bemerkbar. So wurden die Gehälter der Angestellten, wie beispielsweise das des Küsters, das sich innerhalb von sechs Monaten im Jahr 1922 verdoppelte (von einem Jahresgehalt von 30.000 Mark auf 60.000), laufend erhöht.²¹ Im Oktober 1923 erhält der Küster dann bereits 500 Millionen Mark, die aus den Mitteln des Wohlfahrtsfonds vorgestreckt werden mussten, da die Gehälter nicht mehr über die Einnahmen abgedeckt wurden.²² Um dem rapiden Verfall des Geldwertes entgegen zu wirken, beschloss der Kirchenvorstand im November 1923 für sämtliche kirchlichen Gebühren von nun an die Goldmark zu Grunde

zu legen.²³ Mit dieser Maßnahme hatte sich die finanzielle Lage der Gemeinde dann wohl in sofern entschärft, als dass dieses Thema in den Kirchenvorstandssitzungen der nächsten Jahre nur noch am Rande behandelt wurde. Hinzu kam die generelle Entspannung der wirtschaftlichen Lage durch Währungsreform und Beendigung der Ruhrkrise, die dafür sorgten, dass Produktion und Lebensstandard nahezu das Niveau der Vorkriegsjahre erreichten.

Auswirkungen der reformierten Kirchenverfassung

Die Auswirkungen der Verfassungsänderung der Landeskirche auf das Gemeindeleben waren marginal. Am deutlichsten waren sie vermutlich im Kirchenvorstand zu spüren, nachdem im Dezember 1924 zwei Frauen in den Kirchenvorstand gewählt wurden, worauf später auch noch im Gemeindebrief, der 1930 ins Leben gerufen wurde, stolz hingewiesen wird.²⁴

Ansonsten wird aus den betreffenden Akten nur deutlich, dass die Gemeinde sich bemühte, die veränderten Rahmenbedingungen aufzunehmen und den Prozess der Verfassungsentwicklung mitzuverfolgen. Im November 1919 bestellte der Kirchenvorstand 50 Exemplare des Berichts der Landessynode, die den Gemeindemitgliedern zur Verfügung gestellt wurden.²⁵

Weiterhin wies Pastor Thies in den Antworten auf die Visitationsfragen 1925 darauf hin, dass er sich bemühte, die neue Verfassung kennen zu lernen und sich das nun geltende Recht der Landeskirche anzueignen. Zu diesem Zweck habe er die kirchlichen Amtsblätter sowie die Protokolle der verfassungsgebenden Kirchenversammlung studiert.²⁶

Von der Möglichkeit einer Gemeindevertretung, wie sie durch die neue Verfassung vorgesehen wurde, wurde in der Gemeinde kein Gebrauch gemacht. Der Kirchenvorstand hielt dies nicht für nötig, da »die gestellten Aufgaben von den vorhandenen kirchlichen Vereinigungen in vortrefflicher Weise erfüllt werden.«²⁷

Dass die Gemeinde bei maßgeblichen Ent-



Mitarbeiterausflug der Christuskirchengemeinde (u. a. Pastor Ostermann, 1. v. links oben; Küster Mehner, 2. v. rechts oben und Schwester Auguste Rettberg, 2. v. rechts unten)

scheidungen nach wie vor auf die Genehmigung des Landeskirchenamtes angewiesen war, wurde deutlich, als der Kirchenvorstand beschloss, darum zu bitten, die ständige Pfarrkollaboratur in eine dritte reguläre Pfarrstelle umzuwandeln. Dieser Antrag wurde im Mai 1927 genehmigt. Da die Christusgemeinde eine Patronatskirche ist, akzeptierte das Landeskirchenamt das Vorschlagsrecht des Patrons, erkannte aber kein Besetzungsrecht an. Allerdings griff das Landeskirchenamt den Vorschlag des Patrons auf und ordinierte im Mai 1928 den Hofprediger Ostermann für die neu errichtete dritte Pfarrstelle. Die verstärkte Position der Gemeindemitglieder, auch derer, die nicht Mitglieder des Kirchenvorstands waren, wurde deutlich, als das Landeskirchenamt darauf hinwies, dass es diesen freistehe, sich schriftlich oder mündlich gegen die Einsetzung dieses Pastors beim Kirchenvorstand auszuspre-

chen.²⁸ Inwiefern eine solche Intervention allerdings von Erfolg gekrönt gewesen wäre, ist heute nicht abzusehen.

Ansonsten halten sich die Pfarrer an die Anweisung der übergeordneten Kirchenbehörde, dass das geistliche Leben in der Gemeinde von Politik möglichst frei zu halten ist. Zwar berichtete Pastor Thies anlässlich der Visitation von 1925, dass er »vielleicht mehr als sonst Bezug auf die Zeitergebnisse und Gegenwartsfragen nehme«, um den Gemeindegliedern die gewünschte christliche Interpretation des aktuellen Geschehens zu verdeutlichen, allerdings sei es selbstverständlich, dass »die Kirche nicht zu einem Sprungsaal werden darf in welchem politische, soziale oder wirtschaftliche Fragen erörtert werden.«²⁹ Auch an keiner anderen Stelle konnten Belege dafür gefunden werden, dass sich politische Ereignisse der ersten Jahre der Republik in den Fokus des Gemeindelebens geschoben hätten.

Die Gemeinde in den letzten Jahren der Weimarer Republik

Im September 1929 regte Pastor Hardeland als Vorsitzender des Kirchenvorstands die Gründung eines Gemeindeblattes an, das mit Pastor Thies als Herausgeber zu Beginn des Jahres 1930 in den Druck ging. Anhand der Ausgaben dieses Blattes können nun die Themen, die für die Gemeindeglieder relevant waren, wesentlich deutlicher herausgearbeitet werden. Pastor Thies prägte das Blatt während seiner Amtszeit signifikant durch seine politische Einstellung. Er wurde später ein klarer Befürworter der Glaubensbewegung der Deutschen Christen und ein Anhänger der Nationalsozialisten. In seinem ersten Artikel von Juni 1930 mit dem Titel: »Die deutsche Not« vertrat er seine Position schon recht klar. Die Ursache für die deutsche Not sei neben der »politische Knebelung« und der Arbeitslosigkeit das »Anormalentum«³⁰, also Menschen, die geistig und körperlich nicht gesund seien. Auslöser für diesen Zustand seien Wohnungsnot, schlechte Hygiene und vor allem der Sittenverfall, den er zu bekämpfen verlangte. Abgesehen von dieser Thematik, die

neben der Verfolgung der Christen in der Sowjetunion³¹ immer wieder aufgegriffen wurde, richteten sich seine Artikel insbesondere gegen die Kirchenfeinde. Nachdem 1930 die Austrittszahlen wieder erheblich auf 122 Erwachsene und neun Kinder gestiegen waren (1929: 68 Erwachsene und sieben Kinder) und die Zahlen bei Trauungen, Taufen, Konfirmationen, Bestattungen und Kommunionen weiter rückläufig waren, wurde diese Problematik von Pastor Thies massiv fokussiert. Die Agitationen, die zum Kirchenaustritt aufforderten, nahmen so stark zu, dass die Kirche sich gezwungen sah, zu reagieren. Im Januar 1931 ließ die Gemeinde von Arbeitlosen, die sich freiwillig zur Verfügung gestellt hatten, tausende Flugblätter verteilen, wobei sie jedoch auf »gewalttätigen Widerstand« stießen.³² Trotzdem erzielten die Blätter, laut Pastor Thies, bei den Empfängern wohl »großen Eindruck«.³³ Im Weiteren versuchte der Autor die Argumente der Kirchengegner zu widerlegen. So sei der größte Irrtum, dass ein Kirchenaustritt die Lage der Arbeitslosen verbessern würde, und die Kirche sei keineswegs die größte Feindin dieser oder des Proletariats. Die Tradition dieser Behauptung geht wie oben beschrieben auf die Zeit des Ersten Weltkriegs zurück und hatte in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit sicherlich neue Anhänger gefunden. Nach wie vor stammten die meisten Pastoren aus gutbürgerlichen Familien und konnten sicherlich in zahlreichen Fällen die existentiellen Nöte der Bevölkerung nicht nachvollziehen.

An dieser Stelle ist folglich festzuhalten, dass sich die Diskrepanz zwischen den Geistlichen und den Arbeitern bzw. den unteren Bürgerschichten nicht verkleinert hatte. Pastor Thies versuchte diesem Argument zu widersprechen, indem er auf die karitative Arbeit der Kirche verwies.³⁴

Im Februar verschärfte sich die Lage weiter, als im Rahmen einer Werbeaktion von Arbeiterverbänden Material für den »Massenaustritt aus dem Religionsunterricht« an alle Eltern geschickt wurde und eine Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände beschloss, eine Gesetzesinitiative vorzulegen, nach der man nicht mehr in die Kirche hineingeboren wurde, sondern dieser aus-

drücklich beitreten musste. Außerdem sollten keine »Ordensleute« mehr in öffentlichen Anstalten arbeiten dürfen. Diese Vorhaben kommentierte Pastor Thies in einem Artikel unter dem Titel »Die Kampfesweise der Kirchenfeinde«, in welchem er darauf verwies, dass entgegen den Behauptungen, kirchliche Feiern nichts kosten und somit für jeden erschwinglich wären.³⁵ Hinzu komme, dass man bei einem Kirchenaustritt die kirchlichen Rechte verliere und dies zu einem Vermerk in den Statistiken führe.³⁶ Trotz der Gegenmaßnahmen der Pastoren sanken die Austrittszahlen im Jahr 1931 nicht und es gab insgesamt 105 Austritte (104 Erwachsene und ein Kind).

Zu Beginn des Jahres 1932 übernahm Pastor Hoyer, der 1931 die Nachfolge des emeritierten Pastors Harde land angetreten hatte und ein Enkel des ersten Pastors der Christusgemeinde war, die Leitung des Gemeindeblatts. Mit seinem Antritt änderte sich der Tenor des Blattes merklich. Der Fokus wurde wesentlich stärker auf religiöse Themen gelenkt und politische Themen wurden, abgesehen von der Verfolgung der Lutheraner in der Sowjetunion, nur noch am Rande behandelt.

Erfreulich für die Gemeinde war weiterhin, dass sich die Austrittszahlen für 1932 auf 63 halbiert hatten und die Zahl der Rück- oder Übertritte gleichzeitig wieder zugenommen hatte. Dies könnte sicherlich auch ein Grund für den veränderten Ton des Gemeindeblattes sein. Wahrscheinlicher ist allerdings, dass Pastor Hoyer sich stärker an die Vorgabe der Kirchenbehörden hielt, das kirchliche Leben »unpolitisch« zu halten, während Pastor Thies aus persönlichen Gründen, wie im Folgenden noch zu sehen sein wird, eine andere Auffassung vertrat und sich wesentlich engagierter dem »Kampf« gegen Kirchen- und Staatsfeinde verschrieben hatte.

STEFANIE RICHTER

- ¹ Vgl. Hans Walter Krumwiede, Kirchengeschichte Niedersachsen, Bd. 2, Göttingen 1996, S. 403.
- ² AELKZ Jg. 51, 1918.
- ³ Zit. nach: Kurt Novak, Evangelische Kirche und Weimarer Republik – Zum politischen Weg des deutschen Protestantismus zwischen 1918 und 1931, Göttingen 1988, S. 20.
- ⁴ Vgl. Cordes, a. a. O., S. 47.
- ⁵ Ebd., S. 48.
- ⁶ Vgl. Arbeiter- und Soldatenrat: LKA H 12 Nr. 184.
- ⁷ Vgl. Krumwiede, a. a. O., S. 441.
- ⁸ Ebd., S. 442.
- ⁹ Das Unbehagen der Lehrer rührte aus den Zeiten der geistlichen Schulaufsicht her. Vgl. Rolffs, a. a. O., S. 218.
- ¹⁰ Vgl. Rolffs, a. a. O., S. 219.
- ¹¹ Vgl. KVS – Protokoll: LKA H 12 Nr. 744.
- ¹² Vgl. Kirchenaustritte 1919: LKA H 12 Nr. 1061.
- ¹³ 921: 12; 1922: 10; 1923: 9; 1924: 9.
- ¹⁴ Ebd.
- ¹⁵ Vgl. Visitationsfragen vom 20.08.1920: LKA H 12 Nr. 145.
- ¹⁶ Ebd.
- ¹⁷ Vgl. KVS – Protokoll: LKA H 12 Nr. 744.
- ¹⁸ Vgl. Visitationsfragen vom 20.08.1920: LKA H 12 Nr. 145.
- ¹⁹ Zit. nach: Visitationsfragen vom 25.10.1925: LKA H 12 Nr. 145.
- ²⁰ Vgl. KVS – Protokoll vom 28.09.1925: LKA H 12 Nr. 744.
- ²¹ Vgl. KVS – Protokolle vom 23.01., 18.05. und 17.07.1922: LKA H 12 Nr. 744.
- ²² Vgl. KVS – Protokoll vom 08.09.1923: LKA H 12 Nr. 744.
- ²³ Ebd.
- ²⁴ Vgl. Gemeindeblatt von Juni 1930: LKA H 12 Nr. 834.
- ²⁵ Vgl. KVS – Protokoll vom 10.11.1919: LKA H 12 Nr. 744.
- ²⁶ Vgl. Visitation vom 25.10.1025: LKA H 12 Nr. 145.
- ²⁷ Vgl. KVS – Protokoll vom 5.5.1925: LKA H 12 Nr. 744.
- ²⁸ Vgl. KVS-Protokoll vom 1.5.1928: LKA H 12 Nr. 744.
- ²⁹ Zit. nach: Visitation: LKA H 12 Nr. 145.
- ³⁰ Vgl. Gemeindeblatt: LKS H 12 Nr. 834.
- ³¹ Diese Thematik ist in vielen Gemeindebriefen aus der Zeit zu finden. Verdeutlicht wird damit die Abgrenzung zum parlamentarisch-demokratischen Regierungssystem. Vgl.: Detlef Schmiechen-Ackermann, Kooperation und Abgrenzung, Hannover 1999, S. 135.
- ³² Schmiechen-Ackermann stellt den Sachverhalt in »Kooperation und Abgrenzung« so dar, dass es sich bei den Verteilern der Flugblätter um Gemeindeglieder der Lutherkirche gehandelt habe. Allerdings wird im unten genannten Gemeindebrief der Eindruck erweckt, dass es sich um Mitglieder der Christusgemeinde handelte.
- ³³ Vgl. Gemeindeblatt von Januar 1931: LKA H 12 Nr. 834.
- ³⁴ Ebd.
- ³⁵ Ebd.
- ³⁶ Ebd.



Pastor August Hoyer mit Konfirmanden (1939)